

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 9

Rubrik: Mitteilungen der Verbände

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



nen. Dank der induktiven Ankopplung können diese rasch und ohne Verletzung der Isolation an jeder beliebigen Stelle an das robuste Feldkabel angeschlossen werden. Diese patentierte Ankopplungsart ermöglicht es, dass derselbe Draht immer wieder verwendet werden kann.

Der Anschluss des Awitel-Netzes an das öffentliche PTT-Netz ist problemlos möglich. Auch ein Übergang in Funknetze ist vorhanden. Installationen und Änderungen erfordern keinen Telefoninstallateur. Sie können einfach und schnell durch jedermann ausgeführt werden. Das System funktioniert auch zuverlässig in einer Umgebung, in der Funkverbindungen nicht mehr möglich sind, wie zB im Tunnelbau.

Info Siemens-Albis

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

Flüchtlings- und Asylantenwesen als Thema

Offiziere der Versorgungstruppen in Andelfingen

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft der Versorgungstruppen führte ihre jedes dritte Jahr stattfindende Generalversammlung am 1. Juni in Andelfingen durch. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft stand der Vortrag von Brigadier Peter Arbenz; er sprach über Probleme seiner Arbeit als Direktor des Bundesamtes für Flüchtlingswesen. Im Rahmen der üblichen Vereinsgeschäfte wurde die Sektion Romandie neu mit der Leitung der Gesellschaft betraut. Die Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln, Munition und Betriebsstoffen gehört zu den Hauptaufgaben der Versorgungstruppen. Rund 2700 Offiziere dieser Truppe sind ausserdienstlich in einer Fach-Offiziersgesellschaft organisiert, umfassend die Sektionen Romandie, Bern, Zentralschweiz und Ostschweiz. Nebst Truppenoffizieren gehören ihr auch Quartiermeister und Kriegskommissäre an. Fachliche Weiterbildung und Erfahrungsaustausch sind unter anderem Gesellschaftszwecke.

Lob der Freiwilligkeit

Die üblichen Vereinsgeschäfte wurden vom abtretenden Präsidenten Oberst Steier von Andelfingen zügig abgewickelt. In seinem Tätigkeitsbericht wies er auf Probleme der Armee 95 hin und hielt fest, dass ausserdienstliche Tätigkeit und Weiterbildung nach wie vor grosses Gewicht habe. Er lobte die Freiwilligkeit und gab seinem Glauben Ausdruck, dass auch in Zukunft gute Arbeit geleistet werde. Turnusgemäss tritt die Sektion Ostschweiz das Führungssamt an die Sektion Romandie ab; als neuer

Präsident wurde Oberst Jean-Paul Grünenwald gewählt.

Ohne Wortbegehren wurden Protokoll, Tätigkeitsberichte der Sektionen, Jahresrechnung 88-91 und Voranschlag 91-94 gutgeheissen.

Bleibt Asylpolitik möglich?

Diese brennende Frage stellte Arbenz an den Beginn seiner Ausführungen. Grund zur Fragestellung sieht er in den Zahlen: 1986 8500 Asylgesuche, 1991 deren 50000. Mangels genügend Mitarbeiter wachse der Pendenzenberg weiter, und rund 500 Millionen Franken werde der Bund im laufenden Jahr für das Asylwesen ausgeben. Unter gewissen Bedingungen müsse aber eine Asylpolitik weiterhin möglich sein. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass in der Schweiz der Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung weit über dem europäischen Durchschnitt liege.

Im Raum steht die Frage «Wie lange geht es noch, bis es nicht mehr geht?». Drei Grundstrategien gelte es einzuhalten: Verfahrensbeschleunigung mit allen Mitteln, Verpflichtung der Kantone zu gesetzeskonformer Handhabung des Arbeitsverbotes, konsequenter Vollzug der Wegweisungen.

Viel werde von Politikern über die anstehenden Probleme geredet; wenige aber fänden den Mut, die Frage «Wieviel Bevölkerung verträgt die Schweiz» darzulegen. Asylpolitik muss nach Arbenz grundsätzlich möglich bleiben; das heutige System aber habe Grenzen ökologischer Belastung, kultureller Schwierigkeiten und wirtschaftlicher Belastungen; es gehe schliesslich um die «In-Frage-Stellung» schweizerischer Identität. Ausserordentliche Mittel und Massnahmen können nicht mehr ausgeschlossen werden.

Soll die Asylpolitik weiterbetrieben werden, so wären Probleme international zu lösen mit Einsätzen in Herkunftsländern, mit verstärkter Entwicklungszusammenarbeit und mit Umorientierung von Entwicklungs- und aktiver Menschenrechtspolitik.

Zu abschliessenden Perspektiven meinte Arbenz, die Welt bleibe krisenanfällig, die heutigen Krisengebiete seien kaum zu stabilisieren, die Entwicklung in Osteuropa sei noch nicht abgeschlossen, in Nordafrika könne es früher oder später zu einer Bevölkerungsexplosion kommen.

Es ist besser, ein Licht anzuzünden, als über die Finsternis zu schelten.

So umriss Brigadier Gollut, Oberkriegskommissär und Waffenchef der Vsg Trp, den Wert ausserdienstlicher Vertiefung militärischen Wissens, einer im Milizsystem unabdingbaren Freiwilligkeit.

Beim anschliessenden, in gastfreundlicher Art von der Gemeinde Andelfingen offerierten Apéro stellte deren Präsident Werner Stegemann den Tagungsort kurz vor. Beim Mittagessen endlich bot sich Gelegenheit zu Gedanken- und Erfahrungsaustausch und zur Pflege der Kameradschaft, die in ihrem Wert nicht zu unterschätzen ist.



Militärpatienten gegen Leistungsabbau bei der Militärversicherung

In der Herbstsession des Ständerates wird voraussichtlich das revidierte Bundesgesetz über die Militärversicherung behandelt. Es sieht neben einigen Verbesserungen massive Einsparungen zu Lasten der Militärpatienten und zu Gunsten der Bundesfinanzen vor. Nach der bundesrätlichen Botschaft werden die Versicherungsleistungen nach Ablauf der Übergangszeit jährlich um rund 8 Millionen reduziert, ohne Berücksichtigung einer allfälligen Reduktion des Truppenbestandes.

An seiner Delegiertenversammlung vom 29. Juni in Valbella protestierte der **Bund Schweizer Militärpatienten (BSMP)** energisch gegen diesen ungerechtfertigten Abbau. Eine Armee-Reform soll nicht dazu führen, dass bei Unfall oder Erkrankung im Militärdienst die Leistungen für die noch verbleibenden Bestände reduziert werden.

Der BSMP appelliert an alle Parlamentarier, diese ungerechtfertigten Verschlechterungen bei der Gesetzesrevision zu verhindern.

An der Delegiertenversammlung wurde anstelle des zurücktretenden Fritz Uhlmann, Riedholz, Walter Reusser, Thun, zum neuen Zentralpräsidenten ge-

wählt. Herr Dr Franz Schlauri vom Bundesamt für Militärversicherung informierte über den Stand der Revisionsarbeiten zum Militärversicherungsgesetz.

Der Bund der Militärpatienten mit Sitz in Bern und Sektionen in allen Teilen des Landes steht allen, die in Fragen der Militärversicherung, des Militärpflichtersatzes und verwandten Gebieten Rat benötigen, zur Verfügung. BSMP

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost

Das «Bundeswehrkommando Ost», das zur deutschen Vereinigung als Führungsstruktur der Bundeswehr in Ostdeutschland gebildet worden war, hat mit dem 1. Juli 1991 seinen Dienst beendet. Der Übergang von der «Nationalen Volksarmee» (NVA) zur Bundeswehr wurde damit in seiner ersten Etappe abgeschlossen.

Die Bundeswehr übernahm auch das Arsenal der NVA – einen im Vergleich zur Bundeswehr überdimensionierten Bestand an Waffen und Munition. So gingen 2300 Panzer, 7800 gepanzerte Fahrzeuge, 400 Kampfflugzeuge und 2500 Artilleriegeschütze in die Obhut der Bundeswehr über. Was damit geschehen wird, wird noch zu entscheiden sein. Das grösstenteils aus der Sowjetunion stammende Kriegsmaterial ist mit diversen «Nachschubproblemen» (Ersatzteil) belastet. Das gleiche gilt für die Zukunft der 24 MiG-29-Abfangjäger, die zu den modernsten Flugzeugen des ehemaligen Ostblocks gehörten. Es ist eine offene Frage, ob man sie in die Bundeswehr-Luftwaffe einreihet. PG



ÖSTERREICH

Sicherungseinsatz an der Grenze zu Jugoslawien

Am 28. Juni 1991 nachmittag erteilte Verteidigungsminister Dr Fasslabend den Befehl für etwa 5500 Mann zur Grenzsicherung an der österreichisch-jugoslawischen Grenze. Am nächsten Tag in der Früh waren die Truppen an einer Sicherungslinie gefechtsbereit, die sich über den Wurzenpass, Rosenbach (Strassentunnel), Loiblpass, Seebersattel, Bleiburg, Lavamünd, Soboth, Langegg, Spielfeld, Mureck, Radkersburg, Sieldorf und Bonisdorf erstreckte. Schwergewichtsmässig wurde an den Grenzübergängen gesichert, das Zwischengelände überwacht. Vier Tage später wurde eine Verstärkung von etwa 500 Mann mit Panzern und Jagdpanzern verfügbar.

Die Voreignisse

Das Geschehen in Jugoslawien bzw in Slowenien wurde von Österreich seit längerer Zeit mit Sorge und Aufmerksamkeit beobachtet. Die nach der Abgabe der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien dann einsetzende Entwicklung war daher nicht überraschend.

Am 27. Juni drangen die bewaffneten Auseinandersetzungen in Slowenien zunehmend nach Norden, Richtung Österreich, vor. Das Bundesheer erhielt daraufhin den Befehl zur Erhöhung der Bereitschaft in den grenznahen Garnisonen der Militärkommandobereiche Kärnten und Steiermark.

Zu diesem Zeitpunkt war für die Massnahmen des Bundesheeres Zurückhaltung geboten, um nicht falsche Signale an die Streitparteien in Jugoslawien auszusenden.

Am 28. Juni flammten in Slowenien unmittelbar an der österreichischen Grenze Kampfhandlungen auf, und die Luftwaffe der Jugoslawischen Volksarmee verletzte den österreichischen Luftraum mehrfach massiv. Im Gegensatz zur bisher gebotenen Zurückhaltung war daher ab diesem Zeitpunkt eine demonstrative Präsenz der österreichischen Fliegerkräfte